



NETZWERK GRUNDEINKOMMEN

www.grundeinkommen.de

Regionaltreffen Süd 2013 in Ulm

Protokoll

Zeit: Samstag 7. September 2013

Ort: Ulmer Stuben, Adolph-Kolping-Platz 11, 89073 Ulm

Anwesend:

- Augsburg: Martin Finger
- Blaustein: Cord Thumel
- Immenstadt: Heinz Klein
- [Initiative Grundeinkommen Amperland \(IGEA\)](#): Reimund Acker, Joachim Fuchs-Algrim
- [Initiative Grundeinkommen München](#): Gerhard Kastl
- [Initiative Grundeinkommen Ulm \(IGU\)](#): Gottfried Baader, Gisela Glück-Gross, Erhard Gross, Walter Leibersberger, Klaus Reibisch, Heinz Stadelmann, Uli A. Walter
- Ulm: Helmut Gabriel, Jürgen Rettel

Moderation: Reimund Acker

Protokoll: Klaus Reibisch

Beginn: 10:30 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Tagesordnung:

1. Warming up, Begrüßung, Tagesordnung
2. Vorstellung der TeilnehmerInnen, Gruppen und Initiativen
3. Bericht über laufende Aktivitäten im Netzwerk
4. Themenwahl für den Nachmittag
(In der Mittagspause: Mittagessen, Tischgespräche, Spaziergänge ins Fischerviertel)
5. Bearbeitung der gewählten Themen
6. Resümee und Abschluss

1. Begrüßung

Gisela Glück-Gross begrüßt die Anwesenden im Namen der gastgebenden Initiative Grundeinkommen Ulm und klärt über organisatorische Dinge auf. Reimund Acker erläutert die Tagesordnung, zu der keine Änderungswünsche geäußert werden.

2. Vorstellung der TeilnehmerInnen, Gruppen und Initiativen

- Gisela Glück-Gross berichtet über die zahlreichen Aktivitäten der IGU, die sie meist selbst organisiert. Die IGU zählt ca. 10 regelmäßig mitarbeitende Mitglieder. Es finden 3 Treffen pro Monat statt: Ein Vormittagstermin des „internen Kreises“ (Organisatorisches, Erarbeitung von Papieren, Verteilung von Aufgaben); ein öffentlicher Abendtermin mit Referaten zu

bestimmten Themen mit Diskussion in der VHS Ulm; ein Politischer Stammtisch – immer am 13. des Monats. Im Fokus dieser Treffen steht nicht nur das bedingungslose Grundeinkommen. Es werden auch gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen in Finanzwelt, Wirtschaft, Politik, "Sozialstaat", Gesundheitswesen, Ökologie betrachtet und Alternativen für eine demokratische Zukunft überlegt.

Von Juli 2012 bis August 2013 gab es jeweils am ersten Mittwoch des Monats eine Radiosendung im Rahmen der *Plattform*-Reihe zum BGE bei *Radio free FM*, in der das Grundeinkommen aus verschiedenen Richtungen beleuchtet wurde (insgesamt 14 Sendungen). Dazu kamen 2 Ulmer Dialoge zum Grundeinkommen (*Gewerkschaften und Grundeinkommen* mit Blaschke, Schweizer u. a.; *Sozialsystem und Grundeinkommen* mit Michael Schlecht u. a.) und 5 Veranstaltungen vor der BUTAWA mit Vertretern aus FDP, CDU, der LINKEN, der Grünen und der Piraten, einer Expertin zum Gesundheitssystem (Hartwig) und einer Expertin zu Hartz IV (Hannemann), sowie drittes Regionaltreffen Süd des Netzwerks (alle drei in Ulm).

- Joachim Fuchs-Algrim erzählt, dass die IGEA jeden 3. Samstag im Monat zu einem öffentlichen Treffen mit einem Thema zum Grundeinkommen einlädt.
- Jürgen Rettel stellt den überregionalen Modellversuch von Herrn Wipperfürth (Euskirchen) vor, der auf dem JRW-Modell bzw. Ulmer-Modell beruht (s. Anlage).
- Heinz Klein möchte sich als Neuling über das Grundeinkommen informieren.
- Gerhard Kastl bedauert, dass einige Mitglieder der Münchner Initiative aus Zeitgründen nicht kommen konnten. Die Initiative hat zwei Arbeitsgruppen, die sich jeweils einmal im Monat inhaltlich mit dem Thema Grundeinkommen befassen. Einmal im Monat machen Mitglieder der Initiative eine Sendung zum Grundeinkommen in Radio Lora und am jeweils 1. Samstag im Monat lädt die Initiative öffentlich zu einem BGE-Cafe in der Münchner Innenstadt ein.
- Martin Finger stellt sein Grundeinkommensmodell vor.

3. Bericht über laufende Aktivitäten im Netzwerk

Reimund Acker berichtet über die wichtigsten Aktivitäten im Netzwerk, u. a. die BGE-Demo am 14.9. in Berlin, die anschließende Woche des Grundeinkommens, die Aktivitäten zur Bundestagswahl und den Stand der Europäischen Bürgerinitiative zum Grundeinkommen. Er sieht das BGE weiter auf dem Vormarsch: *Alle* Bundestagsparteien und die Piraten haben ausführlich auf die Wahlprüfsteine des Netzwerks geantwortet und im [Wahl-O-Mat](#) wird erstmals nach dem Grundeinkommen gefragt.

4. Themenwahl für den Nachmittag

Für die Nachmittagsdiskussion werden folgende Themenvorschläge akzeptiert:

- a) Diskussion des Konsumsteuermodells und dessen Verknüpfung mit dem BGE.
- b) Diskussion der Schweizer Initiative (vor allem die Idee des Hineinwachsens des BGE in den Lohn)
- c) Grundsatzdiskussion über den Zeithorizont einer Einführung des BGE : Soll das BGE eine Idee für eine zukünftige Gesellschaft sein, in die noch viele andere Phantasien mit einfließen, oder ist BGE ein Projekt für einen steuerfinanzierten Sozialstaat, das im bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem realisierbar ist.
- d) Schwinden der Erwerbsarbeit als Argument für das BGE
- e) Die im jetzigen System vorhersehbare Altersarmut als starkes Argument für das BGE.

Da nur 13 Teilnehmer anwesend sind, wird beschlossen, die Themen nacheinander in der

Großgruppe zu diskutieren. a) und b) sowie d) und e) werden zusammen besprochen.

5. Bearbeitung der gewählten Themen

Zu a und b:

Zustimmung findet in der Gruppe die Hypothese, dass eine Verknüpfung der BGE-Idee mit einem speziellen Finanzierungsmodell wie z. B. dem Konsumsteuermodell für die Verbreitung des BGE ungünstig sei.

Eine Mehrheit lehnt das Konsumsteuermodell - also die Finanzierung des BGE ausschließlich über eine Konsumsteuer - ab.

Ein gesetzlich geregeltes Hineinwachsen des BGE in den Lohn wird ebenfalls abgelehnt. Reimund Acker weist jedoch darauf hin, dass die Autoren des Konsumsteuermodells dieses Hineinwachsen nicht im Sinne einer gesetzlichen Regelung verstehen.

Eine nicht-gesetzliche Regelung liefere nach Meinung Jürgen Rettels die Arbeitnehmer jedoch der Willkür der Arbeitgeber aus und mache sie paternalistisch abhängig vom Grundeinkommen (Feudalismus).

Zu c:

Hier sind die Meinungen sehr kontrovers.

Für die einen ist das BGE ein sozialpolitisch begründetes Projekt (entsprechend dem Papier „Sozialstaat neu denken“ der IGU Ulm), für die anderen ist es darüber hinaus ein auf die Zukunft gerichtetes emanzipatorisches Projekt, bei dem der Focus auf die Freiheit des Einzelnen, sein Leben unabhängig von materiellen Zwängen zu gestalten, gerichtet ist.

Die Kontroverse spiegelt sich in der Diskussion über die Höhe des BGE wieder:

Die erste Gruppe würde als Einstieg eine Höhe von etwa 700 € (abzüglich 200€ für die Krankenkasse) und Wohngeld nach Bedarf akzeptieren, die andere Gruppe will ein deutlich höheres BGE, weil es erst dadurch sein emanzipatorisches Potential entfalten kann.

Es wird von einem Teilnehmer sehr eindrucksvoll dargelegt, dass 1.000 Euro für doppelten Regelsatz und KV unbedingt nötig seien; und wer kein Wohneigentum habe, benötige zusätzlich noch ein Wohngeld.

Nach Meinung von Jürgen Rettel läge ein partielles Grundeinkommen von 700 Euro nach Abzug der KV verfassungswidrig noch unter dem heutigem Grundfreibetrag.

Zu d und e:

Einigkeit besteht darüber, dass im jetzigen System die Altersarmut erheblich zunehmen wird und dass nur durch ein BGE der Altersarmut wirksam entgegengearbeitet werden kann.

Im Schwinden von Erwerbsarbeit im Niedriglohnssektor sehen viele den Grund dafür, dass die Arbeitgeber die Löhne für diese Arbeitnehmer drücken konnten. Ein BGE werde, vor allem in Kombination mit einem Mindestlohn, die Verhandlungspositionen der Arbeitnehmer stärken.

Darüber hinaus würden in weiterer Zukunft auch viele qualifizierte Arbeitsplätze durch zunehmende Rationalisierung, die von vielen in der Gruppe grundsätzlich begrüßt wird, wegfallen. Als Beitrag zur Lösung dieses Problems sei das BGE ein notwendiges Konzept. Die Frage, welchen Beitrag zur Finanzierung des BGE die Einkommensteuer (auf alle Einkommensarten) bei sinkendem Steueraufkommen aus Erwerbseinkommen künftig noch leisten könne, stellt sich laut Jürgen Rettel nicht, weil eine gleiche Einkommensteuer auf alle Einkommen, Löhne und Dividende, wie beim Ulmer Modell, Lohnquoten- und

beschäftigungsunabhängig sei, als Wertschöpfungssteuer bzw. als Konsumsteuer nach *Ursprungslandprinzip*.

Als „Grundrauschen“ bei allen Beiträgen wurde die Meinung deutlich, dass die bestehende kapitalistische Produktionsweise, mit dem Zwang zu immer umfangreicherer materieller Produktion, aus ökologischen Gründen keine Zukunft habe. Das BGE könne dieses Problem und auch viele andere nicht alleine lösen.

Doch auch bei sozialistischer Produktionsweise sei ohne Wertschöpfung kein Grundeinkommen finanzierbar. Auch Sozialismus und „Ökologismus“ benötigten einen Familienausgleich und damit ein Grundeinkommen, findet Jürgen Rettel.

Wichtig bei der Propagierung des BGE sei eine gewisse Bescheidenheit bei der Angabe der Probleme, die durch das BGE gelöst werden können. Das BGE sei eben kein Allheilmittel.

Anlage

Modellversuch ([Hermann Wipperfurth](#))

In 12 von 16 Bundesländern lief bzw. läuft ja noch der Modell-Versuch. Nur Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland waren/sind nicht dabei, aber nur aus logistischen Gründen. Insgesamt waren/sind es 1.048 Teilnehmer, welche von lediglich 22 Leuten betreut werden mussten/müssen.

In den ersten drei Monaten wurde jeder Teilnehmer/Teilnehmerin bis zu 3 x monatlich aufgesucht, was einen wahnsinnigen Stress bedeutete hinsichtlich der Betreuung. Danach nur noch 1 x am Ende eines Monats. Mit allen Teilnehmern bestand aber ein ständiger telefonischer Kontakt.

Die Haushaltsbücher wurden trotz Anfangsschwierigkeiten korrekt geführt mit Ausgabebelegen. Bei allen Teilnehmern wurde festgestellt, dass ein erheblicher Teil des Geldes in zusätzlichen Konsum geflossen ist. Ebenso fand eine Ausweitung der sozialen Kontakte statt.

Bei den Familien mit Kindern wurde festgestellt, dass vielmehr gemeinsam unternommen wurde, was auch in vielen Fällen zu einer erheblichen verbesserten Grundstimmung geführt hat. Außerdem wurde einiges Geld in neue Hobbys der Kinder investiert.

Bei den Rentnerinnen und Rentnern wurde festgestellt, dass diese neben verstärktem Konsum Geld in Reisen investierten, weil viele sich das vorher nicht leisten konnten.

Die Größenordnungen der ausgezahlten Grundeinkommensbeträge waren 800 Euro je Erwachsenen und 500 Euro je Kind. Jeden Monat wurden die Lohn/-Gehaltsabrechnungen der Teilnehmer als Berechnungsgrundlage herangezogen.

Die benötigten und ausgezahlten Finanzmittel lagen monatlich bei rund 1,5 Millionen Euro.